

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Dr. Kurt Duwe (FDP) vom 30.01.12

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Umnutzung der Borghorster Elbwiesen als Ausgleichsflächen für das Mühlenberger Loch – Hamburger Zusagen an Schleswig-Holstein erfüllt? (II)**

*Mit der Kohärenzsicherungsmaßnahme für die Erweiterung des Airbus-Werksgebietes in Hamburg soll der zurzeit eingedeichte Bereich der Borghorster Elbwiesen bei Altengamme hinsichtlich des Naturschutzes aufgewertet und wieder dem Tideeinfluss ausgesetzt werden. Hierzu ist vorgesehen, den Leitdamm auf einer Länge von 10 m zu öffnen und dort ein kombiniertes Schöpf- und Sperrwerk zu betreiben. Infolge dieser Maßnahme befürchten Anwohner sowohl auf Hamburger als auch auf schleswig-holsteinischer Seite Veränderungen der Grundwassersituation und dadurch nachteilige Auswirkungen auf ihre Grundstücke und Häuser.*

*Das Land Schleswig-Holstein hat gegenüber Hamburg stets deutlich gemacht, dass auch eventuell entstehende Kosten oder berechnete Schadenersatzforderungen durch Hamburg getragen werden müssten, falls sich die Befürchtungen der Bewohner und Gewerbetreibenden der angrenzenden Gebiete in Schleswig-Holstein (Escheburg-Vossmoor und Geesthacht) bestätigen sollten, dass durch die beabsichtigte Öffnung des Schleusenleitdamms die Wohngrundstücke und Wohnhäuser durch ansteigendes Grund- und Qualmwasser Schaden nehmen und die Wohnbarkeit gefährdet würde.*

*In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage vom 16. November 2011 (Drs. 20/2292) hat der Senat bestätigt: Die einvernehmliche Bestellung eines Gutachters zum Zwecke der Durchführung von Beweissicherungsmaßnahmen an baulichen Anlagen im Umfeld der Borghorster Elbwiesen waren von der damaligen Behörde für Wirtschaft und Arbeit nur zugesagt worden, sofern diese erforderlich würden. Die Umsetzung der Maßnahmen hinge vom Ausgang des mit Antrag vom 11. Februar 2011 begonnenen Planfeststellungsverfahrens ab. Die Erörterungstermine fanden am 5. und 6. Dezember 2011 in Geesthacht statt. In der Antwort zu einer Kleinen Anfrage der FDP-Abgeordneten Wolfgang Kubicki und Christopher Vogt vom 21.12.2011 (Drs. 17/2111 des Schleswig-Holsteinischen Landtages) führte die Landesregierung aus, dass die ReGe Hamburg erst die Bestellung eines Gutachters zugesagt, soweit Beweissicherungsmaßnahmen an baulichen Anlagen im Umfeld der Borghorster Elbwiesen erforderlich werden sollten. Außerdem war die Landesregierung der Ansicht, dass die einvernehmliche Bestellung eines Gutachters auch außerhalb eines Planfeststellungsverfahrens erfolgen könne und der Verzicht auf Beweissicherungsmaßnahmen vor Beginn der Maßnahme den Maßnahmenträger nicht von der Haftung für eventuelle später auftretende Schäden befreie.*

*Diese Vorgehensweise bedeutet für mich eine unzumutbare Beweislastumkehr zuungunsten eventuell betroffener Anlieger.*

*Ausgehend von diesem Sachverhalt frage ich den Senat:*

1. *Sind vom Maßnahmenträger ausreichende Beweissicherungsmaßnahmen vor Beginn der Kohärenzsicherungsmaßnahme Borghorster Elbwiesen geplant?*
  - *Falls ja, um welche Maßnahmen handelt es sich dabei?*

Ja. Gutachterliche Untersuchungen des Vorhabenträgers noch vor der Antragstellung kommen zu dem Ergebnis, dass die von den Anwohnern befürchteten Schäden durch einen vorhabenverursachten Grundwasseranstieg auszuschließen sind. Gleichwohl hat der Vorhabenträger zur vorsorglichen Beweissicherung hinsichtlich möglicher maßnahmenbezogener Auswirkungen auf die Grundwassersituation im Maßnahmenumfeld die Durchführung eines Grundwassermonitorings geplant. Nur soweit die Messergebnisse von den gutachterlich prognostizierten Werten abweichen, könnten etwaige vorhabenverursachte Schäden überhaupt in Betracht kommen.

- *Falls nein, warum nicht? Wann würden nach Ansicht des Maßnahmenträgers Beweissicherungsmaßnahmen an baulichen Anlagen erforderlich werden? Warum kann auf eine Aufnahme des Ist-Zustandes der umliegenden Gebäude und der Grundwasserstände verzichtet werden?*

Entfällt.

2. *In meiner Anfrage (Drs. 20/2292) wurde meine Frage nach dem Betrieb eines Monitoringnetzes nicht beantwortet. Ich stelle sie hiermit erneut und präziser:*
  - *Wie sehen die Planungen des Monitorings aus und wie lange soll dieses Monitoring dauern?*

Mit der Planfeststellung hat der Vorhabenträger bei der Planfeststellungsbehörde ein Monitoring beantragt, das die Datenerfassung der Grundwasserstände an 18 Grundwassermessstellen und an zwei Oberflächenwassermessstellen umfasst. Zudem sollen die durch die Hamburger Wasserwerke GmbH an der Station Curslack erhobenen Niederschlagsmessungen ausgewertet werden. Die Auslesung der Daten soll vierteljährlich erfolgen, im Anschluss an extreme Ereignisse soll eine außerordentliche Auslesung vorgenommen werden. Einmal pro Jahr sollen die Messdaten des Monitorings hinsichtlich möglicher maßnahmenbezogener Auswirkungen auf die Grundwassersituation im Umfeld des Planungsraums bewertet werden. Das Monitoring ist auf fünf Jahre angelegt.

- *Wie begründen sich die gewählte Dauer des Monitorings und die zeitliche und räumliche Auflösung des Monitorings und die Wahl der gewählten Monitoring-Parameter?*

Es ist zu erwarten, dass innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren alle maßgeblichen Ereignistypen (Normaltide, Sturmflut, oberstromiges Hochwasser) erfasst werden. Dabei ist zur Bewertung möglicher vorhabenbezogener Auswirkungen nicht das Eintreten extremster Wasserstände erforderlich.

Die Anzahl und Verteilung der Monitoringmessstellen berücksichtigt alle Bereiche unterschiedlicher möglicher Betroffenheiten. Es werden die differenzierten Reaktionen auf den Elbwasserstand und auf Niederschlagsereignisse im Grundwasserleiter erfasst.

Die kontinuierliche Erfassung des Grundwasserstands mit einer zeitlichen Messauflösung von 15 Minuten beziehungsweise 1 Stunde mit der einhergehenden Messung des Oberflächenwasserstands vor und hinter dem geplanten Sperrwerk deckt die Anforderungen an das Monitoring ab.

3. *Wie wird die Dateneinsicht der Bürger über die Monitoring-Ergebnisse gewährleistet?*

Im Erörterungstermin hat der Vorhabenträger zugesagt, dass die Ergebnisberichte zeitnah zur Auswertung im Internet veröffentlicht werden.

4. *Eine weitere Antwort des Senats auf meine SKA umfasste die Aussage, dass durch die Begrenzung der Tidehochwasserereignisse mittels Schöpfwerk für die Hamburger Anlieger der Borghorster Elbwiesen keine nachteiligen Auswirkungen entstünden. Angesichts der in diesem Winter aufgetretenen Extremhochwasser in den Vier- und Marschlanden frage ich:*
- *In welchem Maß werden die Grundwasser- und Oberflächenwasserstände im Hamburger Umland der Borghorster Elbwiesen durch die Kohärenzmaßnahme zusätzlich beeinflusst?*

Durch das wasserwirtschaftliche Gesamtkonzept wird es vorhabenbezogen weder eine Erhöhung noch ein häufigeres Eintreten extremer Grundwasserstände im Umfeld der geplanten Kohärenzmaßnahme geben. Ein vorhabenbezogener Einfluss auf Oberflächenwasserstände im Umfeld der Kohärenzmaßnahme ist nicht gegeben. Es erfolgt somit keine zusätzliche Beeinflussung.

- *Wären auch Gebäude auf Hamburger Gebiet Gegenstand von Beweissicherungsmaßnahmen?*

*Falls nein, warum nicht?*

Beweissicherungsmaßnahmen an Gebäuden sind derzeit vom Vorhabenträger nicht beabsichtigt. Ob die Planfeststellungsbehörde am Ende eine Beweissicherung anordnet, hängt vom Ergebnis des noch nicht abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens ab.

5. *Warum wurde seitens der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sowie der ReGe Hamburg bisher keine Vereinbarung mit der Gemeinde Eschburg und der Stadt Geesthacht angestrebt, um bei möglichen Schadensersatzforderungen von Bürgern in Schleswig-Holstein eine unbürokratische Kostenerstattung bei Schäden zu ermöglichen?*

Die zur Planfeststellung beantragten Unterlagen weisen aus, dass keine vorhabenbedingten Schäden zu erwarten sind. Überdies sind Schadensersatzforderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geltend zu machen. Unter diesen Umständen ist eine vorbeugende Vereinbarung zur Abwicklung etwaiger Schadensersatzforderungen nicht erforderlich.